

Manuskript

**Beitrag: Verlierer der Pandemie –
Selbstständige in Existenznot**

Sendung vom 17. August 2021

von Martina Morawietz und Sue Odenthal

Anmoderation:

Klotzen, nicht kleckern: 50 Milliarden Euro staatliche Soforthilfen in der Coronakrise, das klang für Millionen Soloselbstständige und Kleinunternehmen wahrhaftig nach Unterstützung. Sie arbeiten in der Veranstaltungsbranche, im Kreativbereich, in der IT-Beratung, in Opernhäusern oder in Fitnessstudios. Ihre Dienstleistungen sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor – und trotzdem hat die Bundesregierung sie zu Verlierern der Pandemie gemacht. Denn statt vermeintlich unbürokratischer Hilfe gabs häufig bloß den Hinweis, Grundsicherung zu beantragen. Martina Morawietz und Sue Odenthal berichten.

Text:

O-Ton Peter Altmaier, CDU, Bundeswirtschaftsminister, am 12.11.2020:

Mir war wichtig, dass Soloselbstständige nicht alleine bleiben.

O-Ton Olaf Scholz, SPD, Bundesfinanzminister, am 13.3.2020:

Deshalb wird hier nicht gekleckert, es wird geklotzt.

An diese vollmundigen Versprechen der Bundesregierung erinnert sich Britta Pätzold:

O-Ton Britta Pätzold, Grafikerin:

Ich weiß noch genau, wie Herr Altmaier und Herr Scholz gesagt haben, ein Zuschuss, der nicht rückzahlbar ist, eine wirkliche Hilfe. Unbürokratisch soll uns geholfen werden. Ja, ehrlich gesagt fehlen mir die Worte.

Britta Pätzold ist Grafikerin, hat Konzepte für große Events geplant und realisiert. Als die Aufträge in der Pandemie wegfielen, beantragte sie wie viele Soloselbstständige die Soforthilfe von 9.000 Euro. Im April 2020 wurde zwar die Summe ausgezahlt, doch plötzlich hieß es:

O-Ton Britta Pätzold, Grafikerin:

Dass wir das Geld jetzt doch nicht zu den Lebenshaltungskosten nehmen können, sondern, dass es nur für Betriebskosten gedacht ist, und die Lebenshaltungskosten sollen die Soloselbstständigen bitte über die Grundsicherung abdecken. Ich habe Panik bekommen - Grundsicherung, Hartz IV.

Tausende demonstrieren. Zwar hatte die Bundesregierung für die 3,5 Millionen Soloselbstständigen und Kleinstunternehmen 50 Milliarden Euro Soforthilfe versprochen, doch geflossen sind laut dem Wirtschaftsministerium bis heute nur 13,5 Milliarden. Der Grund: Die meisten Soloselbstständigen haben kaum Fixkosten, keine Büros, keine Maschinen.

O-Ton Andreas Lutz, Verband der Gründer und Selbstständigen Deutschland:

Die Soforthilfe hat sich – ja, war ein riesiges bürokratisches Chaos: Die Hilfen waren einfach an den Bedürfnissen, an der Lebenswirklichkeit der Betroffenen vorbei ausgestaltet. Sie konnten gar nicht ankommen. Stattdessen hat man sie auf die Grundsicherung, also auf Hartz IV verwiesen.

Das Bundeswirtschaftsministerium schreibt dazu auf Anfrage von frontal,

Zitat:

"Die Existenzsicherung inklusive Miete erfolgt schnell und unbürokratisch über die Grundsicherung. (...) Die laufenden Kosten für die Büromiete, (...) über das Sofortprogramm des Bundes. (...) Eine andere Lösung war innerhalb der Bundesregierung (...) nicht konsensfähig."

Die Folge: Tausende mussten wie Britta Pätzold zum Amt, ihr Vermögen offenlegen. Die Alleinerziehende steckt jeden Cent und ihre ganze Kraft ins Haus. Außerdem muss sie einen Kredit abbezahlen. Miete hätte das Amt bezahlt, mehr nicht. Also fordert das Jobcenter in Wuppertal:

O-Ton Britta Pätzold, Grafikerin:

Entweder ein Teil des Grundstücks zu verkaufen, oder eine Etage in diesem Haus hätte ich verkaufen müssen oder das ganze Haus.

O-Ton frontal:

Ja, und wo hätten Sie dann leben sollen?

O-Ton Britta Pätzold, Grafikerin:

Keine Ahnung.

Die Sorge das Haus zu verlieren, belastet auch die 12-jährige Tochter, sie ist hier aufgewachsen.

O-Ton Jamila, Tochter:

Manchmal hatte ich halt auch Albträume, dass wir das Haus verlieren. Also, das war schon ein bisschen schwieriger zu schlafen, nachts.

Eine aktuelle Studie des DIW kommt zu der Prognose, dass es bis zum Ende des Jahres mindestens 300.000 Soloselbstständige weniger geben wird. Es geht um viele Existenzen von Grafikern, Veranstaltungstechnikern und Künstlern.

O-Ton Prof. Alexander Kritikos, Ökonom, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW):

Ja, es ist ein Desaster, wenn wir insgesamt auf den ersten Lockdown noch mal sehen, da waren 60 Prozent aller Selbstständigen betroffen - über zwei Millionen Menschen, die massive Einkommensverluste hatten. Für sie war das ein Desaster.

Auch Daniel Rau ist es ein Desaster. Der Produktionsleiter organisierte hier im Admiralspalast eine Tour von Max Herre und das letzte Konzert mit Publikum - vor anderthalb Jahren war das. Wegen des Verbandsverbots konnte der 58-Jährige nicht mehr arbeiten.

O-Ton Daniel Rau, Produktionsleiter:

Das eine ist natürlich, dass man erst mal in ein Riesenloch gefallen ist, weil ich hatte ja wirklich weit über 30 Veranstaltungen vor der Brust bis nach dem Sommer 2020. Und nach dem Loch kam dann die Frage, wie komme ich durch, was, wie kann ich mein Geld verdienen - und natürlich dann auch entsprechende Existenzängste.

Zwar hat er für 2020 rund 10.000 Euro an staatlichen Hilfen bekommen, die wiegen aber seinen finanziellen Verlust bei Weitem nicht auf. Auch er ging zum Jobcenter, beantragte

Grundsicherung, doch das Amt lehnte ab – angeblich zu viel Vermögen.

O-Ton Daniel Rau, Produktionsleiter:

Ja, ich habe mich der Willkür ausgesetzt gefühlt. Die haben mir die Rücklagen, die ich hatte für die Altersvorsorge, die ich auch entsprechend ausgewiesen hatte, nicht als Altersvorsorge anerkannt.

Daniel Rau sieht sich in seiner Existenz bedroht. Weil er bundesweit Konzerte organisiert, klagt er auf Entschädigung für seine Verdienstauffälle in zwölf Bundesländern - es wäre ein Präzedenzfall.

O-Ton Daniel Rau, Produktionsleiter:

Mein Gerechtigkeitsgefühl ist einfach schwer verletzt, muss ich sagen. Und das gilt – wie gesagt - nicht nur für mich, sondern das gilt auch für alle anderen Betroffenen, weil ich sehe ja, wie die Leute daran verzweifeln.

Freund und Musikerkollege Max Herre unterstützt ihn bei seinem Vorhaben. Er kritisiert:

O-Ton Max Herre, Musiker:

Ich glaube, dass es ein massives Gerechtigkeitsproblem gibt - großes Unwissen in der Politik unter den Entscheidungsträgern darüber, wie diese Branche funktioniert, und um wie viele Existenzen und wie viele Familien es geht, am Ende.

Im September beginnt sein erster Prozess.

O-Ton Andreas Lutz, Verband der Gründer und Selbstständigen Deutschland:

Wir unterstützen die Klagen von Daniel Rau. Ich wünsche mir, dass man zum Beispiel im Infektionsschutzgesetz eine Entschädigungsregelung einführt, dass, wenn man Menschen zum Schutz der Gesundheit anderer ihre Erwerbstätigkeit verbietet, dass man dieses Sonderopfer entschädigt.

Soloselbständige wie Daniel Rau bekommen seit Jahresanfang die sogenannte Neustarthilfe. Bis Juni erhalten sie 7.500 Euro - Geld, das jeder für Miete, Strom und Lebensunterhalt verwenden kann.

Im Wahlkampf verspricht Kanzlerkandidat Olaf Scholz, diese Hilfen bis zum Jahresende zu verlängern – und kündigt auch eine grundsätzliche Reform der Grundsicherung an. Für konkrete Nachfragen dazu hat Scholz keine Zeit.

O-Ton Prof. Alexander Kritikos, Ökonom, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW):

Ja, ich glaube, man hat sich bis heute nicht auf diese Erwerbsform wirklich eingestellt. Man könnte auf Englisch sagen: to little, to late – also, zu wenig, zu spät, was jetzt kommt. Natürlich kann man sich darin sonnen, dass man jetzt die Neustarthilfe und die Überbrückungshilfe III noch mal verlängert hat. Aber ob das die tiefe Verunsicherung, die in dem ganzen Jahr 2020 entstanden ist, wirklich ausgleicht, das wage ich zu bezweifeln.

Daniel Rau hat noch immer keine Aufträge und seine Rücklagen schwinden mit jedem Monat. Er hat Angst vor Armut im Alter.

Britta Pätzold ist nicht mehr abhängig vom Amt, sie arbeitet wieder, ein schlecht bezahlter Auftrag für wenige Monate - die Zukunft wie bei Tausenden Soloselbstständigen ungewiss.

Zur Beachtung: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.